



Stadt Kamen

Niederschrift

SuS

über die
1. Sitzung des Schul- und Sportausschusses
am Dienstag, dem 05.02.2019
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:01 Uhr
Ende: 18:59 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Oliver Bartosch
Herr Thomas Blaschke
Herr Joachim Eckardt
Herr Daniel Heidler
Frau Julia Kaim
Herr Helmut Kampmann
Herr Gökcen Kuru
Herr Ulrich Marc
Frau Ursula Müller

CDU

Frau Sarah Grüneberg
Herr Wilhelm Kemna
Herr Ralf Langner
Frau Helga Pszolka

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Anke Dörlemann
Herr Franz-Josef Pütz

DIE LINKE / GAL

Herr Werner Bucek

FW/FDP

Herr Helmut Stalz

Sachverständige gem. Beschluss des Schul- und Sportausschusses

Frau Dr. Beatrix Günnewig
Herr Bernd Kleinschnitger
Herr Martin Kusber
Frau Beate Schroeter
Herr Frank Stewen
Herr Peter Wehlack
Herr Lars Wollny

Evangelische Kirche
Herr Martin Brandhorst

Verwaltung

Frau Lisa Drescher
Herr Markus Höper
Frau Elke Kappen
Herr Andree Schneider

Entschuldigt fehlten

Herr Michael Dubbel
Herr Marian-Rouven Madeja
Herr Ingolf Pätzold
Frau Angelika Remmers
Herr Franco Tous

Zu Beginn der Sitzung begrüßte Herr **Eckardt** die Ausschussmitglieder und Pressevertreter. Sodann stellte er den form- und fristgerechten Zugang der Einladung fest und erklärte, dass ihm bisher keine Ergänzungsanträge zur Tagesordnung vorlägen. Aus der Mitte des Ausschusses ergaben sich auch keine Ergänzungsanträge. Der Vorsitzende wies auf die geänderte Tagesordnung hin und informierte darüber, dass TOP 2 entfalle. Weiterhin erfolgte die Feststellung der Beschlussfähigkeit durch Herrn Eckardt.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Fortschreibung des Förderschulgutachtens für den Kreis Unna – Berichterstatte Herr Dr. Habeck	
3	Eingangsklassenbildung zum Schuljahr 2019/20 unter Berücksichtigung der kommunalen Klassenrichtzahl	002/2019
4	Schulsituation im Schuljahr 2018/19:	
4.1	Bericht des Schulamtes für den Kreis Unna und des Sprechers der Schulleitungen zu den Grundschulen	
4.2	Bericht der Schulleiterin der Hauptschule	
4.3	Bericht des Schulleiters der Realschule	
4.4	Bericht der Schulleiterin des Gymnasiums	
4.5	Bericht des Schulleiters der Gesamtschule	
5	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen lagen nicht vor.

Zu TOP 2.

Fortschreibung des Förderschulgutachtens für den Kreis Unna – Berichtstatter Herr Dr. Habeck

Frau **Kappen** ergänzte, dass die Stadt Kamen eine kommunalscharfe Auswertung des Fördergutachtens gewünscht habe und Herr Dr. Habeck dies noch nicht liefern könne. Deshalb verzögere sich der Bericht.

Zu TOP 3.
002/2019

Eingangsklassenbildung zum Schuljahr 2019/20 unter Berücksichtigung der kommunalen Klassenrichtzahl

Herr **Eckardt** erklärte zur Eingangsklassenbildung zum Schuljahr 2019/20, dass die Verwaltung froh darüber sei 16 Eingangsklassen bilden zu können. Die Verteilung sei im Vorfeld mit den Schulleitungen besprochen worden. In der übermittelten Beschlussvorlage sei aber ein Übertragungsfehler im Beschlussvorschlag erfolgt. Die Zahlen der Eingangsklassen im Sachverhalt seien aber richtig und könnten übernommen werden.

Beschlussvorschlag:

Nach § 6a der Verordnung zur Ausführung des § 93 Abs. 2 Schulgesetz NRW beträgt die Zahl der maximal zu bildenden Eingangsklassen im Stadtgebiet (Kommunale Klassenrichtzahl) 16.

Der Schulausschuss beschließt für das Schuljahr 2019/20 die Bildung von 16 Eingangsklassen.

Auf die Schulstandorte bezogen wird die Klassenbildung wie folgt festgelegt:

Grundschule	Eingangsklassen
Diesterwegschule *	4
Friedrich-Ebert-Schule	3
Südschule, Stammschule	2
Südschule, Teilstandort	1
Eichendorffschule	2
Jahnschule	2
Astrid-Lindgren-Schule	2
Gesamt	16

Jahrgangsübergreifender Unterricht
in der Schuleingangsphase ab SJ 2017/18 *

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.

Schulsituation im Schuljahr 2018/19:

Zu TOP 4.1.

Bericht des Schulamtes für den Kreis Unna und des Sprechers der Schulleitungen zu den Grundschulen

Schulamtsdirektorin Frau **Schroeter** berichtete über die Situation der Kamener Grundschulen (Anlage 1 der Niederschrift).

Sie wies daraufhin, dass alle Grundschulen mit einer Schulleitung besetzt seien. Durch die Ernennung von Frau Wüster zur Schulleiterin an der Diesterwegschule sei nun die Stelle der Konrektorin frei. Es gebe dazu aber bereits eine Bewerbung, so dass davon auszugehen sei, diese Stelle schnell nach zu besetzen. Weiterhin werde es eine Veränderung an der Eichendorffschule geben, da Frau Wolff am Ende des Schuljahres 2018/2019 in Pension gehen werde. Es gebe bereits Gespräche über die Ausschreibung mit der Bezirksregierung, so dass man hoffe die Stelle im Sommer ebenfalls nach besetzen zu können.

Der Kreis Unna sei bei der Lehrerversorgung gut aufgestellt, so dass Vertretungsstellen fast ausschließlich durch berufsbezogene Vertretungen geregelt werden können. Seiteneinsteiger würden zurzeit überhaupt nicht eingestellt.

Im Anschluss erläuterte Herr **Kleinschnitger** die Situation der Grundschulen (Anlage 2 der Niederschrift).

Herr **Heidler** bedankte sich für informativen Beiträge und erfragte, was unter dem Superheldentraining an der Friedrich-Ebert-Schule zu verstehen sei. Weiterhin erkundigte er sich was eine nicht fachbezogene Vertretung sei.

Frau **Schroeter** gab zu verstehen, dass jede Berufsgruppe die Möglichkeit habe sich als Vertretungslehrer zu bewerben. Man spreche dann von nicht fachbezogenen Vertretungen, da meist kein Lehramtsstudium vorliegen würde (z.B. Apothekerin).

Herr **Heidler** erkundigte sich, ob es bereits Versuche gebe Lehramtsanwärter von Gymnasien die in keine Stelle vermittelt werden konnten an Grundschulen einzusetzen.

Frau **Schroeter** informierte darüber, dass es aktuell zwei ausgebildete Sek. II Lehrer gebe, die das Angebot bekommen hätten, wenn sie 2 Jahre in der Grundschule gearbeitet haben, eine feste Stelle in der Sek. II zu erhalten. Aktuell werde durch die Landesregierung noch geprüft, ob ein Verbleib in der Primarstufe überhaupt möglich sei, sollten sich Lehrer dazu entschließen in der Grundschule verbleiben zu wollen.

Frau **Pusch** erklärte zum Superheldentraining, dass es darum gehe das Selbstbewusstsein und das Selbstwertgefühl von Schülern/Innen zu stärken und die eigene Persönlichkeit auszubilden (z.B. durch Selbstverteidigungskurse, Körperhaltung, Körpersprache usw.).

Herr **Stalz** bedankte sich für die Vorträge und erkundigte sich nach der perspektivischen Personalaufstellung im Hinblick auf die Altersstruktur. Weiterhin erfragte er, ob es beim Thema Digitalisierung nicht angeraten sei überregional oder zumindest kreisweit einheitliche Strukturen zu schaffen, damit das Lehrpersonal bei Schulwechseln mit den neuen Medien keine Probleme habe.

Frau **Schroeter** stimmte Herrn Stalz im Hinblick auf die Digitalisierung zu, gab aber zu verstehen, dass dies eine Entscheidung der Kommunen sei. Es gebe zwei Medienberater die mit der Gigabitstelle in Arnsberg verknüpft seien und als Ansprechpartner für jede Schule zur Verfügung ständen. Zunächst müssten die Schulen ein Medienkonzept erstellen, welches auch inhaltlich mit den Medienberatern abgestimmt werden könnte. Die Ausstattung der Schulen obliege aber den Kommunen.

Frau **Kappen** fügte hinzu, dass wenn man über gleiche Bedingungen bei der Digitalisierung spreche, dies ein Thema für die Bundesländer sei. Ungeachtet davon sei zu hoffen, dass im Zuge des Digitalpaktes Rahmenbedingungen für das komplette Bundesland geschaffen würden, damit wenigstens dort gleiche Bedingungen vorliegen werden. In Kamen stehe man in enger Absprache mit den Schulen, um die Bedarfe zu erkennen und dementsprechend die Schulen zu versorgen. Weiterhin habe Kamen als eine von wenigen Kommunen 2 IT-Mitarbeiter, die ausschließlich für die Schulen zuständig seien und diese beraten und betreuen würden. Im Hinblick auf die fortschreitende Digitalisierung werde man vermutlich im nächsten Stellenplan eine weitere Stelle schaffen. Die Betreuung der Schulen könne aber auf Grund des Umfanges nicht alleine durch die Stadt erfolgen. Vielmehr müsse auch an den Schulen in entsprechendes Lehrpersonal investiert werden, damit eine Vorort Betreuung der Systeme im Bedarfsfall gewährleistet werden könne.

Herr **Stalz** unterstütze den Weg der Stadt Kamen und bat darum, dass auch bei Bürgermeisterkonferenzen das Thema Digitalisierung ein überregionale Bedeutung bekommen müsse.

Frau **Schroeter** erklärte zur Altersstruktur des Lehrpersonals, dass im Kreis Unna eine überschaubare Anzahl an Pensionierungen in den nächsten Jahren erfolgen werde. Die Nachbesetzung sollte auf Grundlage der aktuellen Zahlen jeder Zeit möglich sein. Dies könne auch daran festgemacht werden, dass im Kreis Unna ausgebildete Lehramtsanwärter dort verbleiben wollen und nur ganz wenige den Kreis verlassen würden.

Frau **Kappen** ergänzte, dass es bereits Abstimmungsgespräche sowohl mit den Grundschulen als auch den weiterführenden Schulen gegeben habe und man in enger Absprache mit den Schulleitungen Interaktive Whiteboards etc. angeschafft habe. In der aktuellen Erprobungsphase verschiedener Modelle werde mit den Schulen abgestimmt, welches Modell flächendeckend in den Schulen sukzessive angeschafft werden solle.

Zu TOP 4.2.

Bericht der Schulleiterin der Hauptschule

Frau **Dr. Günnewig** stellte die Situation der Hauptschule dar (Anlage 3 der Niederschrift).

Herr **Heidler** erkundigte sich, ob es Schwierigkeiten gebe Betriebe zu finden, die Langzeitpraktikanten/Innen aufnehmen würden und ob es Prognosen für den Erhalt oder die Reduzierung der Berufseinstiegsbegleiter gebe.

Frau **Günnewig** erläuterte, dass zu befürchten sei, dass die Berufseinstiegsbegleiter zukünftig nicht mehr zur Verfügung stehen. Zumindest verdichten sich die Anzeichen sofern man der Presse glauben schenke. Entscheidungen gebe es dazu aber bisher nicht.

Bezüglich der Betriebe könne sie das Gegenteil feststellen. Durch die gute Entwicklung der Langzeitpraktikanten gebe es immer mehr Betriebe die sich bei der Hauptschule melden würden. Viele Betriebe würden gerne die Möglichkeit nutzen den/die Praktikant/In vor Übernahme in ein Ausbildungsverhältnis zu testen.

Zu TOP 4.3.

Bericht des Schulleiters der Realschule

Herr **Wehlack** erläuterte die Situation der Realschule (Anlage 4 der Niederschrift).

Weiterhin bedankte er sich beim Schulträger für den einvernehmlichen und ruhigen Umgang zum Thema Schulformen. Durch die sachliche Vorgehensweise sei dieses Thema in den Schulen keine Diskussionsgrundlage geworden und habe somit die Lehrer/Innen nicht belastet. Durch die Neu-

ausrichtung der Inklusion werden sowohl die Realschule aber auch die anderen Schulen mit mehr Aufwand belastet. Die Sicherstellung der Arbeit im Bereich der Inklusion müsse aber mit der gleichen Anzahl an Personal erfolgen. Zwar werde man überall versuchen dies sachgerecht umzusetzen, die Entscheidung durch den Erlass, dass die Gymnasien vom gemeinsamen Lernen ausgenommen sind, sei nicht nachvollziehbar und nicht zu unterstützen. Mit dieser Entscheidung würde man den Kollegen/Innen, die das Thema Inklusion an den Gymnasien bearbeitet hätten, auch nicht gerecht werden.

Zum Thema Digitalisierung stimmte er seinen Vorredner/Innen zu. Es erfolge eine sehr enge Absprache bei der Vorgehensweise und Schule werde bei diesem Thema durch den Schulträger sehr gut unterstützt wie das Beispiel der Umsetzung von Office365 zeigen würde. Die Schule honoriere, dass die Stadt Kamen eine abgestimmte Systematik bevorzuge. Er wies aber darauf hin, dass sowohl die Grenzen des Möglichen bei den Lehrer/Innen als auch dem Personal der Stadt Kamen erreicht seien. Im weiteren Verlauf der Digitalisierung an Schulen müsse zwingend Personal bereitgestellt werden.

Zudem erklärte er, dass die Umstrukturierung von G8 zu G9 auch die Realschule und anderen Schulformen betreffen würde. Auch dort müsse geklärt werden, welche Fächer in welchen Jahrgängen zu unterrichten seien, damit ein Übergang in die Oberstufen gewährleistet werden könne.

Herr **Stalz** bedankte sich für die ausführliche Darstellung und die offenen Worte. Er wies erneut darauf hin, dass eine interkommunale Zusammenarbeit, gerade im Hinblick auf Fachexperten, für alle Seiten von Nutzen wäre.

Herr **Heidler** informierte Herrn Stalz darüber, dass der Schul- und Sportausschuss das falsche Gremium sei, um eine einheitliche Entwicklung in der Digitalisierung zu besprechen. Er bot ihm an, einen gemeinsamen Brief fraktionsübergreifend an die Landesregierung zu formulieren und die Probleme von Fortbildungen, Support, Personal etc. darzustellen.

Herr **Eckardt** wies darauf hin, dass es eigentlich ein Widerspruch in sich sei, dass schulfremdes Personal für den Unterricht eingestellt werde und Lehrer/Innen die Computer pflegen müssten. Im Bereich der Digitalisierung könnte schulfremdem Personal ein neues Tätigkeitsfeld eröffnet werden, mit dem die eigentlichen Pädagogen entlastet werden könnten. Es gebe diverse Bereiche in Schulen in denen die Pädagogen durch z.B. Verwaltungspersonal ersetzt werden könnten. Dies würde im Umkehrschluss Lehrkräftepotential freisetzen. Dies sei aber ein Problem der finanziellen Möglichkeiten. Umso mehr ist die Entwicklung und Struktur in diesem Bereich in Kamen positiv zu bewerten.

Zu TOP 4.4.

Bericht der Schulleiterin des Gymnasiums

Herr **Wollny** entschuldigte Frau Remmers und stellte die Situation am Kamenener Gymnasium vor (Anlage 5 der Niederschrift).

Herr **Heidler** bedankte sich für die Darstellung und erfragte welche LK's in Kooperation der Gesamtschule und des Gymnasiums durchgeführt würden

und wie die Zusammenarbeit mit der Neuen Philharmonie Westfalen funktionieren würde.

Herr **Wollny** informierte darüber, dass zurzeit eine Kooperation bei den Leistungskursen Erdkunde, Geschichte, Mathematik und Kunst bestünde. Die Schüler würden davon profitieren und berichten positiv darüber.

Die Neue Philharmonie Westfalen schicke regelmäßig Solisten mit ihren Instrumenten in die Schule, so dass interessierte Schüler/Innen im Gespräch Einblicke erhalten würden und teilweise Instrumente auch getestet werden dürften. Des Weiteren erhält die Schule Freikartenkontingente für diverse Veranstaltungen.

Frau **Dörlemann** erkundigte sich nach dem Ablauf des Online-Deutsch-Tests und bat um Mitteilung wie mit den Ergebnissen umgegangen werde.

Herr **Wollny** erklärte, dass jede(r) Schüler/In zu Beginn der fünften Klasse diesen Test absolviere. Nach Auswertung der Ergebnisse würde jede(r) Schüler/In einen individuellen Rückmeldebogen erhalten. Den Deutschlehrern würde dieser ebenfalls zur Verfügung gestellt, um Rechtsschreibschwächen diagnostizieren zu können. Damit soll eine individuelle Betreuung des Schülers erfolgen, um Defizite ausgleichen zu können.

Herr **Stalz** bedankte sich für die Erklärungen und stellte eine allgemeine Frage an die Schulleitungen zur Wahlbeteiligung. Auf Grund der schlechten Beteiligung bei den letzten Wahlen fragte er sich, was Schulen tun könnten bzw. tun, um den Schülern/Innen Politik nahezubringen und wie die Kooperation mit Vereinen funktioniere.

Herr **Stewen** erklärte, dass die Schulen in diversen Bereichen z.B. im Sport mit dem FLVW Kooperationen eingegangen seien. Neben den politischen Themen die das Curriculum fordert, sei man daran interessiert Kommunalpolitik durch Infoveranstaltungen nahe zu bringen. Dies geschehe auch außerschulisch.

Herr **Wehlack** informierte darüber, dass das Planspiel Kommunalpolitik demnächst erneut starten werde und alle weiterführenden Schulen daran teilnehmen würden. Dies würde in einer Ratssitzung mit der Bürgermeisterin enden.

Herr **Bucek** bedankte sich für die Informationen und stellte fest, dass die Schulen gut aufgestellt seien und durch die vorhandene Kompetenz eine gute Basis für die Bildung der Schüler/Innen geschaffen werde. Weiterhin erfragte er, ob es Schüler/Innen gebe, die an den landesweiten Demonstrationen zum Klimawandel teilnehmen würden und dem Unterricht fernblieben.

Herr **Stewen** erklärte im Namen aller Schulleitungen, dass kein Fall bekannt sei. Zudem gebe es eine klare Dienstanweisung diesbezüglich.

Herr **Kuru** erkundigte sich über die näheren Vorgaben dieser Dienstanweisung und wie mit Schüler/Innen umzugehen sei, die deswegen dem Unterricht fernblieben.

Herr **Stewen** führte aus, dass eine Schulpflicht bestünde und dies zu unentschuldigtem Fehlen führen würde. Die Schule verschließe sich nicht vor

diesen Problemen und würde Schüler/Innen bei Protestaktionen im Rahmen der Möglichkeiten unterstützen. Dies sei in Gesprächen mit dem Schülerparlament auch so kommuniziert worden und stieße auf Verständnis bei den Schüler/Innen.

Zu TOP 4.5.

Bericht des Schulleiters der Gesamtschule

Herr **Stewen** informierte über die Situation der Gesamtschule (Anlage 6 der Niederschrift).

Herr **Heidler** bedankte sich für die Ausführungen und erkundigte sich, ob es für die Gesamtschule leicht sei Betriebe für das Langzeitpraktikum zu finden. Zudem erfragte er, ob das Praktikum bei der DHL ein Langzeitprojekt oder nur eine einmalige Aktion gewesen sei.

Herr **Stewen** erklärte, dass die Gesamtschule bei den Langzeitpraktika noch in den Kinderschuhen stecke und man noch in der Aufbauphase sei. Eine umfangreiche Liste über Betriebe wie die Hauptschule habe man bisher nicht. Durch die enge Verzahnung mit der Hauptschule orientiere man sich aber an den guten Erfolgen der Hauptschule, um ähnliches auch an der Gesamtschule zu installieren. Das Praktikum bei DHL sei Bestandteil der Re-Zertifizierung. Allerdings habe man festgestellt, dass dies sowohl für Lehrer/Innen als auch Schüler/Innen einen positiven Effekt gehabt habe und man dies für die Re-Zertifizierung weiter verfolgen und fördern werde.

Frau Kaim und Frau Müller verließen um 13:38 Uhr die Ausschusssitzung und nahmen an den Beratungsgesprächen nicht mehr teil.

Herr **Langner** bedankte sich bei allen Redner/Innen. Er erläuterte kurz, dass viele der angesprochenen Themen über die Möglichkeiten des Schul- und Sportausschusses hinausgehen würden und Ländersache seien. Trotzdem hätte er gerne gewusst, welche Möglichkeiten aus Sicht des Schulträgers der Ausschuss hätte, um Mängel z.B. in der IT-Betreuung und anderen Bereichen zu verringern.

Frau **Kappen** erklärte dazu, dass es ihr wichtig sei, dass unabhängig der Parteizugehörigkeit und der aktuellen Landes- bzw. Bundesregierung die Probleme in Bezug auf die Digitalisierung über die politischen Mandatsträger gemeldet würden, so dass diese auch bei den Entscheidungsgremien ankommen und Berücksichtigung finden könnten. Ziel müsse es sein sinnvolle und auch finanzielle Rahmenbedingungen zu schaffen mit denen die Kommunen und Schulen arbeiten könnten. Es mangle nicht an Ideen.

Herr **Stalz** stimmte dem Vorschlag von Herrn Heidler zu und gab zu verstehen, dass er dies mit den Fraktions-Kollegen besprechen werde. Weiterhin erfragte er, wie viele Schüler/Innen zurzeit an den Praktika teilnehmen würden.

Herr **Stewen** erläuterte, dass dies variere und man keine feste Menge hätte. Aktuell könnte man die Menge bei 15 – 20 Schüler/Innen beziffern, was im Vergleich zu den Schülerzahlen eher gering sei. Es fänden sich aber immer mehr interessierte Schüler/Innen.

Herr **Kuru** sprach ein Lob an die Gesamtschule aus. Sie zeige auch in den sozialen Netzwerken, dass die Schule im Bereich der interaktiven Medien verknüpft sei und sowohl Lehrer als auch Schüler daran arbeiten würden.

Herr **Bucek** bedankte sich für den ausführlichen Bericht und fragte, wie nach dem Urteil des OVG Münster, dass zur Regelung des Aufnahmeverfahrens das Kriterium „ortsansässige Kinder bei der Aufnahme zu bevorzugen unzulässig sei“ weiter verfahren werde. Die weitere Behandlung dieses Themas wurde auf den TOP 6 verwiesen.

Herr **Eckardt** bedankte sich im Namen des gesamten Ausschusses und der Verwaltung bei allen Kollegen/Innen für die Ausführungen.

Zu TOP 5.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen

- 1) Frau **Kappen** informierte, dass am 17.11.2016 durch den Schul- und Sportausschuss ein Beschluss nach §46 Abs. 6 SchulG, dass Kamen die Aufnahme auswärtiger Kindern verweigert, wenn die Anmeldungen die Aufnahmekapazität der Kamener Schulen übersteigt, verabschiedet wurde. Das angesprochene Urteil des OVG sei noch nicht veröffentlicht, so dass anhand der vorliegenden Auszüge nicht beurteilt werden könne auf welchen Sachverhalt sich das Urteil genau bezieht. Auch bei der Bezirksregierung Arnsberg gebe es bisher keine abschließende Beurteilung. Deswegen müsse zunächst abgewartet werden. Nach erster rechtlicher Prüfung gehe die Verwaltung davon aus, dass der gefasste Beschluss rechtskonform sei. Sobald alle Unterlagen vorliegen, werde dies geprüft und im Bedarfsfall auch wenn nötig durch eine Dringlichkeitsentscheidung geregelt. Die Fraktionen und Schulen würden bei neuen Informationen direkt in Kenntnis gesetzt.
- 2) Frau **Kappen** stellte den Sachstandsbericht zum Präventionskonzept der Stadt Kamen „Gemeinsam stark!“ vor (Anlage 7 der Niederschrift).
- 3) Herr **Höper** informierte darüber, dass bei der Sanierung der Laufbahn im Jahnstadion mehr Arbeiten erfolgen mussten als bei der vorhergehenden Begutachtung festgestellt werden konnten. Die Asphalttragschicht sei in einem sehr schlechten Zustand gewesen, so dass diese großflächiger saniert werden musste. Dies sei mit Mehrkosten verbunden gewesen, so dass eine überplanmäßige investive Mehrausgabe in Höhe von 55.000 € durch Dringlichkeitsbeschluss genehmigt werden müsste. Weiterhin liege aktuell keine prüfbare Abschlussrechnung vor, so dass die abschließenden Kosten noch nicht bestimmt werden könnten.

- 4) Herr **Höper** gab einen Einblick in die Vorgehensweise und zum Sachstand beim Thema Legionellen in den Sporthallen I und II am Schulzentrum und der Sporthalle Heeren. Nachdem die thermischen Desinfektionen durchgeführt wurden, warte man nun auf die neuen Ergebnisse der Proben. Diese werden voraussichtlich aber erst Ende Februar vorliegen. Bis dahin seien Duschen und Toiletten teilweise weiterhin gesperrt. Anlagen die mit Filtern ausgestattet wurden könnten genutzt werden.

Frau **Kappen** ergänzte, dass es Ziel sei eine dauerhafte Lösung zu finden und nicht nur eine temporäre Bereitstellung der Anlagen. Deswegen sei auch ein externes TGA Büro eingeschaltet worden.

- 5) Herr **Höper** informierte darüber, dass im Nachgang zur Sportflächenentwicklungsplanung aus 2012 der Polizei-Hundesportverein im Hemsack diesen ebenfalls verlassen müsse. Dies sei 2012 bereits so kommuniziert worden. Man habe mittlerweile eine Ausweichfläche in Kamen-Heeren gefunden, die dem Verein bereitgestellt werden könne und bei der die Schaffung einer entsprechenden Infrastruktur möglich sei.
- 6) Herr **Kusber** teilte mit, dass der VfL Kamen dem KSB positives Feedback bezüglich der Laufbahn im Jahnstadion gegeben habe. Die Sportler seien sehr zufrieden mit der neuen Bahn und fühlten sich immer gut über den Sachstand informiert. Er informierte darüber, dass das Fest des Kamener Sports am 11.05.2019 stattfinden werde.

Anfragen

- 1) Herr **Stalz** erkundigte sich nach dem aktuellen Stand der Förderanträge zur Sanierung des alten Umkleidegebäudes im Jahnstadion.

Frau **Kappen** erklärte dazu, dass die Verwaltung in Gesprächen mit dem Verein sei, um zu klären welche Förderanträge durch den Verein aus dem Landesprogramm „Moderne Sportstätte 2022“ heraus gestellt würden. Es solle eine gemeinsame Abstimmung erfolgen, um die Aussicht auf die Genehmigung einer Fördermaßnahme zu steigern.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

keine

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

Keine

Herr Eckardt dankte den Anwesenden und schloss die Sitzung um 18.59 Uhr

gez. Eckardt
Vorsitzender

gez. Kappen
Schriftführerin